

Beantwortung des Fragenkatalogs des ULV durch NEOS

Frage 1 a-b

Wir sehen den gesamten Hochschulsektor und damit auch die Wissenschaft, die ja unmittelbar damit in Verbindung steht, derzeit im falschen Ministerium angesiedelt. Für ein ganzheitliches Bildungskonzept müssen sämtliche bildungspolitische Angelegenheiten in **ein** Ministerium zusammen geführt werden. Derzeit sind zu viele Ministerien mit Bildungsaufgaben betraut. Elementarpädagogik fällt in die Kompetenz des Bundesministeriums für Familie und Jugend. Wissenschaft ist im Wirtschaftsministerium angesiedelt und das Schulwesen im Bildungsministerium. Erst unlängst wurde nun auch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz mit bildungspolitischen Aufgaben betraut. So fällt diesem nun die Ausbildungspflicht bis 18 zu. NEOS sehen gerade in Sachen Bildung die Politik gefordert ganzheitliche Konzepte zu entwickeln. Nur so können Doppelgleisigkeiten vermieden werden und ein weitreichender zukunftsorientierter Blick vom Kindergarten bis hin zur Hochschule und Erwachsenenbildung wird möglich.

Frage 1 c

Fakt ist, Österreich investiert zu wenig in die Forschung und das sowohl im Bereich der Grundlagenforschung, als auch in der angewandten Forschung. Eine der Aufgaben der Politik ist es einzelne Hochschulsektoren, wie Fachhochschulen und Universitäten nicht gegeneinander auszuspielen, sondern vielmehr als gegenseitige Ergänzung wahrzunehmen. Derzeit sehen wir in Sachen Gleichstellung immer noch Aufholbedarf bei Fachhochschulen.

Geistes- und Sozialwissenschaften werden keinesfalls benachteiligt behandelt. Da der Arbeitsmarkt aber verstärkt MINT-Absolvent_innen benötigt und vor allem Frauen in diesen Kategorien unterrepräsentiert sind, war eine MINT-Offensive absolut notwendig und mit nötigen Weitblick bedacht.

Frage 1d

Entgegen aller Skepsis wurden ungeachtet der Zusammenlegung einige wichtige hochschul- und forschungspolitische Projekte auf den Weg gebracht. Die vorzeitigen Wahlen haben leider die Umsetzung blockiert. Was Vergabe der Forschungsmittel betrifft: das blieb unangetastet. Die zuständigen Agenturen haben unabhängig von der Ressortzusammenlegung weitergearbeitet.

Frage 2a-b

Die dringendsten Baustellen stellen die Unterfinanzierung der Hochschulen und der teilweise viel zu hohe Betreuungsschlüssel dar. NEOS fordert daher seit jeher neben der staatlichen Ausfinanzierung (2% des BIPs) auch die Aufstockung der Drittmittel, welche weit unterhalb des OECD-Durchschnitts liegen. Aber auch die Studierenden, welche von ihrem Hochschulabschluss stark profitieren, sollen ihren Beitrag mittels nachgelagerter Studiengebühren leisten. Nur durch einen ausgewogenen Beitrag aller drei genannten Bereiche wird es Österreichs Hochschulen gelingen im internationalen Vergleich endlich

besser abzuschneiden. Ein ausfinanzierter Hochschulsektor bedeutet schlussendlich auch mehr Zeit für die Forschung, denn Lehrkräfte finden oft wegen der großen Zahl an zu betreuenden Studierenden nicht mehr die Zeit sich der Forschung ausreichend zu widmen. In der derzeitigen Legislaturperiode wurden die genannten Probleme trotz dem Vorliegen von Lösungen von NEOS aus ideologischen Gründen zwischen den Regierungsparteien nicht angegangen. Dabei kann sich der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Österreich keine weitere Aufschiebung mehr leisten. Reformen müssen endlich angegangen werden NEOS wird hier weiterhin Druck machen.

Frage 3

Uns NEOS ist ein konstruktives Arbeitsverhältnis zu jeder Partei, unabhängig ob in der Regierung oder in der Opposition, sehr wichtig. Persönliche Befindlichkeiten und Sympathien würden einem solchen nur im Weg stehen. So pflegen wir auch mit den Bundesminister_innen einen professionellen Austausch, denn gerade die Wissenschaft und der Hochschulsektor sind für Österreich zu wichtig, um aufgrund von Eitelkeiten und anderen ideologischen Vorstellung sich konstruktiven Gesprächen zu verschließen. Für uns ist daher klar: ganz gleich wer Wissenschaftsminister_in ist, wir werden den Dialog aufrecht erhalten und weiter auf Reformen drängen.

Frage 4 und 8

Um die Durchlässigkeit mit Perspektive auf universitäre Karrieremöglichkeiten zu erhöhen und das strenge traditionelle Kuriensystem zu ändern braucht es ein Faculty Modell. Wir NEOS sehen es als essentiell an, dass auch das Personalwesen der Hochschulen endlich im 21. Jahrhundert ankommt. So soll auch die Freistellung für Gastlehren an anderen Hochschulen leichter möglich sein.

Frage 5

Wir sind jedenfalls dafür, die Autonomie der Universitäten und auch ihre Selbstorganisation weiter zu stärken

Frage 6

Wie bereits erwähnt unterstützen wir Ihre Forderung nach einem Faculty Modell. Bezüglich Kettenvertrags- und Kollektivvertragsregelungen sehen wir ebenfalls die überbordenden Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer_innen als zu starr an und erkennen diese als mittlerweile hinderlich für beide Parteien. Wir haben die Anforderungen der modernen Wissenschafts und Arbeitswelt erkannt und setzen uns daher auch für Arbeitszeitflexibilisierungen ein. So soll es beispielsweise auch für Ärzte möglich sein Ärzte anzustellen, ohne dabei den Rechtsfolgen des Übertritts ins Kranken- und Kuranstaltenrecht auf sich nehmen zu müssen. Dies würde dem Arzt als Unternehmer mehr Freiheiten bieten und eine flexible Ausübung des Arztberufs ermöglichen.

Frage 7

Uns NEOS ist die derzeitige Lage bewusst und bringen daher auch immer wieder Anträge diesbezüglich im Plenum ein. So fordern wir eine Reformierung der Rot-Weiß-Rot Karte, da hierfür die Anforderungen zu hoch sind und für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland diese eine unüberwindbare Barriere darstellen. Neben der Attraktivieren des Wirtschaftsstandortes, indem wir mehr Mittel für Wissenschaft und Forschung bereitstellen, brauchen wir grundlegende Reformen in unserem Steuersystem. Der Faktor Arbeit wird viel zu hoch besteuert, was unsere Standortattraktivität zunehmend beeinträchtigt. Darüber hinaus ist Österreich auch noch als gründerfeindlich einzustufen, da der bürokratische Aufwand und auch der erforderliche Eigenkapitalaufwand zur Gründung einer GmbH viel zu hoch sind. Das alles sind Gründe, warum Österreich mit Brain Drain zu kämpfen hat und daher dringend Handeln muss.

Weiters sind wir für die Stärkung und den Ausbau von Rückkehrprogrammen (wurde auch mit entsprechendem Antrag in den Wissenschaftsausschuss eingebracht).

Frage 9

Für die Absicherung der Forschungstätigkeit von nicht-kommerziellen außeruniversitären Forschungseinrichtungen fordern wir – analog zu den Universitäten und Fachhochschulen – ein Sockelbetrag für die Basisinfrastruktur bereit zu stellen, der kompetitiv auf Grundlage einer Ausschreibung und der Evaluation des Antrags vergeben wird. Dieser richtet sich nach den bisherigen Leistungen und der Plausibilität der Darstellung des Bedarfs. Die Vergabe soll dabei eine behördlich legitimierte Leistungsvereinbarung gebunden werden, die mit dem jeweiligen Institut abgeschlossen wird. Abgesehen von einem möglichen Sockelbetrag für nicht-kommerzielle außeruniversitäre Forschungseinrichtungen soll die weitere Finanzierung der außeruniversitären (sowie kooperativen) Forschung analog zur projektbezogenen Finanzierung der universitären Forschung erfolgen.

Frage 10 und 11

Wir NEOS sehen den wichtigen wissenschaftlichen Beitrag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft und bescheinigen ihnen einen solchen auch für die kommenden zehn Jahre.

Frage 12

Die nach der Entschließung des Nationalrats veröffentlichte und vom Bund beauftragte Ärztebedarfsstudie enthielt zahlreiche strukturelle Empfehlungen zur nachhaltigen Sicherung des österreichischen Gesundheitswesens. Keine davon betraf jedoch die Errichtung einer neuen medizinischen Universität oder Fakultät. Die dennoch — als fünfter Standort medizinischer Universitätsausbildung in Österreich — errichtete Medizinische Fakultät der

Universität Linz soll bis 2027 rd. 630 Mio. EUR kosten. Davon stammen rd. 187 Mio. EUR vom Land Oberösterreich und von den oberösterreichischen Gemeinden, obwohl diese Gebietskörperschaften nach der Bundesverfassung für die Finanzierung von Universitäten nicht zuständig waren. Österreich bildete in erheblichem Ausmaß Ärzte für das Ausland aus – bis zu rd. 40 % der Absolventen eines Jahrgangs standen für die ärztliche Versorgung in Österreich nicht zur Verfügung. Solange Österreich keine grundlegenden Reformen (wie in Frage 7 beschrieben) anstrebt wird auch die Errichtung einer neuen medizinischen Fakultät oder Universität nicht an der Wurzel des Problems ansetzen.

Frage 13

Sehen wir nicht in dieser Form als geboten. Vielmehr unterstützen wir die stärkere Profilbildung der Universitäten.

Frage 14

Um den Hochschulsektor so vielseitig wie möglich erblühen zu lassen begrüßen wir die Existenz von Privatuniversitäten, solange sie den geforderten Qualitätskriterien entsprechen. Allerdings ist darauf zu achten, dass deren Erbauung nicht zur bloßen Imagepflege und Reputation einzelner Landeshauptleute dient. Daher soll eine finanzielle Beteiligung eines Bundeslandes nur eine sinnvolle Ergänzung darstellen, niemals aber eine komplette Finanzierung.

Frage 15 a

In Österreich stehen wir vor dem Problem, dass für die große Anzahl an Studienanfängern sehr wenig an Ressourcen zur Verfügung steht, was wiederum die Wahrscheinlichkeit des Studienabbruchs erhöht. Genau hier muss eine **kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung** ansetzen: die Hochschulen, deren Autonomie wir ja so gerne rühmen, sollen selbst entscheiden können, wie viele Studierende sie realistischer Weise in den einzelnen Studienfächern auf hohem Qualitätsniveau betreuen können. Damit werden Zugangsbeschränkungen bei manchen Studienrichtungen natürlich notwendig - aber es steigert die Chancen für alle Studierenden.

Wir begrüßen, die Änderungen, die Mahrer im Stiftungsrecht vorgenommen habt, um die Verfügbarkeit von Drittmittel im Stiftungsrecht zu erhöhen, jedoch gehen uns diese nicht weit genug. Hier fehlt nach wie vor die Attraktivität, es ist zu klein gedacht. Die damalige Ankündigung lautete: "Derzeit haben wir in Österreich jährliche Ausschüttungen gemeinnütziger Stiftungen im Ausmaß von 20-25 Millionen Euro, während es in der Schweiz 1,3 Milliarden und in Deutschland 15 Milliarden Euro jährlich sind. Wir wollen uns in den nächsten Jahren dem Schweizer Stifter-Niveau annähern, um einen Wachstumsturbo für Österreich auszulösen"

Gleichzeitig wurde damals beschlossen, die Forschungsprämie von 10 auf 12% zu erhöhen - eine Gießkannenförderung in der Größenordnung von gut 100 Mio. €.

Fazit: 2 Jahre später muss man feststellen, dass die legislativen Änderungen wirklich wenig gebracht haben - der prognostizierte Effekt ist ausgeblieben und das ist schade.

Dass die Forschungsprämie durchaus positive Effekte hat, bestreiten wir nicht, aber: das Geld könnte man treffsicherer einsetzen, indem man kompetitiv vergebene Mittel noch aufstockt.

Frage 15 b

Wir unterstützen weitere Durchlässigkeit, weil wir im Fachhochschulsektor eine durchaus sinnvolle Ergänzung zum Universitätssektor sehen. Zudem ist die Durchlässigkeit in manchen Fachbereichen auch schon sehr positiv gelebte Realität.

Frage 16

Derzeit sei in wesentlichen Bereichen der PädagogInnenbildung an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen das wissenschaftlich und professionsorientiert qualifizierte Personal nicht ausreichend vorhanden, da entsprechende Stellen fehlten und die Heranbildung des akademischen Nachwuchses nicht genügend gefördert wurde. Notwendig ist daher die Erweiterung der Autonomie der Pädagogischen Hochschulen und die Sicherstellung von Personalressourcen. Auch müssen unbedingt Programme zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses umgesetzt werden.

Frage 17

Wir sehen das Problem bei den Betreuungsverhältnissen auf Universitäten, da auf einen Lehrenden zu viele Studierende kommen und darunter letztendlich auch die Forschung leidet.

Frage 18

Wir haben bei den Auslandsaufenthalten bereits ein im Europavergleich sehr hohes Niveau erreicht. Die Neustrukturierung und Erweiterung des Erasmusprogramms mag einen weiteren Anreiz liefern.

Frage 19

Um den Wechsel zu erleichtern braucht es vor allem Transparenz in Sachen Anerkennungen von Prüfungsleistungen. Zumindest bei den großen Studienrichtungen und beliebten Wechseln muss der Prozess deutlich vereinfacht werden.